Zeitschriften-Rundschau

Durchführung des Mehrheitswillens oder Diktatur, das ist die Frage, über die viele seit 4 Jahren vergebens Klarheit suchen. Der italienische Geschichtsforscher Guglielmo Ferrero untersucht im „Tagebuch" (Nr. vom 11.—18. August) den Grund dieser Unklarheit und kommt zu dem Resultat, daß es sich überhaupt nicht um eine politische Unterscheidung handelt, sondern vielmehr um „eine romantische Form der Rutlosigkeit". „Das Uebel ist, daß keiner genau weiß, was er will. In allen Parteien, in allen Klassen, allen Einrichtungen, allen Staaten — ich möchte beinahe sagen: in allen Gewissen (mit ganz wenig Ausnahmen) — treten Lehren, Bestrebungen, Interessen einander gegenüber. Wir wollen den Frieden und den Krieg, die Gewalt und die Gerechtigkeit, die Tyrannei und die Freiheit, die Sicherheit und das Abenteuer. Was wollen wir? Es ist ein Geheimnis, das wir nicht in uns selbst klären können. Viele suchen nach einem Diktator, weil sie hoffen, daß er wisse, was alle nicht wissen. Der rote oder weiße Diktator, wie ihn die Menschen erträumen, müßte ein geheimnisvoller Zauberer sein."

Ferrero untersucht die beiden Diktatoren, die die Welt heute kennt, auf diese Zauberkraft hin: Lenin und Mussolini. Von Lenins Herrschergewalt bleibt für seine Betrachtung das Folgende übrig:

„Wir wissen jetzt zuverlässig: Lenin ist ein Diktator, dem der größte Teil Rußlands niemals gehorcht hat, — ein Diktator, der eine Unmenge von Verordnungen aller Art erlassen hat. Sie sind aber größtenteils toter Buchstabe geblieben. Wer könnte Lenins Reden zählen? Doch die Ereignisse sind immer ihren eigenen Weg gegangen, ohne allzu sehr auf die Voraussagen und Anweisungen des Diktators zu achten. Was sich in Rußland Diktatur des Proletariats nennt, das sind die Ueberbleibsel des alten zaristischen bureaukratischen Despotismus, und den neuen erträgt das Volk, weil er schwächer ist als der alte. Von einem Diktaturzustand gibt es da nur die Kriegsgerichte, den Galgen, die vollstreckenden Truppenabteilungen und die Leichtigkeit, mit der die Gerichtshöfe massenhaft Todesurteile verhängen."

Mussolini, der Vertreter der „weißen Diktatur", ist nach Ferreros Schilderung schließlich nur im Kreise herumgelaufen. Hören wir, wo der Ueberwinder der Massen landet:

„Lenins weißer abendländischer Kollege ähnelt von Monat zu Monat mehr den parlamentarischen Häuptern alten Stils, die heute allgemein verachtet sind und die der weiße Diktator hätte ersetzen müssen. Statt dessen: Verhandlung, Bruch, Wiederaufnahme, Feilschen, Sichfügen im Verkehr mit den Parteien, den Gruppen, den großen widerstreitenden Interessen. Der weiße Diktator lernt die Kunst, die dem alten Parlamentarismus so teuer war: es mit keiner Partei zu verderben. Der weiße Diktator ändert so viel wie nichts, aber er verbessert oder beseitigt oft sein eigenes Werk, sobald der Widerspruch dagegen etwas lebhafter wird, und verschiebt gern Schwierigkeiten auf morgen, wenn sie heute zu groß sind."

Und Ferrero setzt hinzu: „Wer weiß, was heutzutage dem Haupt eines alten europäischen Staates möglich oder unmöglich ist, der wundert sich nicht hierüber."

Diese Möglichkeiten sieht Ferrero darin, daß „starke, einsichtige, aktive Regierungen Europa wieder zusammenfügen", was aber nur dann erreicht werden kann, „wenn sich in jedem Lande eine einzige, entschlossene, zusammenhängende und mächtige Gruppe bildet, wie sie nötig ist, um sich selbst und anderen Opfer aufzuerlegen". Und er verheißt einen Tag, wo sich die Dinge ausgleichen und der vernünftige politische Wille siegt:

„Da der Tag früher oder später einmal kommen muß, so darf man nicht dem intellektuellen Skeptizismus Raum geben — einem Skeptizismus, der die menschliche Vernunft ihrer Herrscherrechte berauben möchte, weil heutzutage die Welt närrisch ist und daher die Gemüter auf die kindlichen Erwartungen von einem Diktator vorbereitet sind, wie es ihn niemals gegeben hat noch jemals geben wird."

Solche Worte können gerade im heutigen Deutschland nicht genug weitergesagt werden: sind sie doch ein Ansporn für Volk und Regierung, weil sie so klar und hoffnungsvoll klingen. Sie verscheuchen die blaudunstigen Träume von einer dem einzelnen alle Mühe abnehmenden „Diktatur" und stellen das Glied der Volksgemeinschaft auf die gesunden Füße opferbereiten Wollens.

*

Der Franzose René Marchand gibt in einem „Schwarzbuch" ein Bild von der Diplomatie, die zum Krieg führte, nach den Dokumenten des russischen Archivs. Diese Zusammenstellung wird in Frankreich totgeschwiegen, enthüllt sie doch Poincaré als den geradezu bis zur Würdelosigkeit herabgesunkenen Diener Rußlands. Die „Preußischen Jahrbücher" bringen in ihrem Augustheft einen Ueberblick über die in diesem Schwarzbuch gesammelten Dokumente. Für uns Deutsche ist besonders interessant, zu sehen, wie die fremden Staatsmänner über unsere damalige Politik an ihre Regierungen berichtet haben. Die Frage der Schuld am Kriege wird nie ganz geklärt werden, weil sehr viele Momente — vielleicht die wichtigsten — überhaupt gar nicht dokumentarisch erfaßbar sind. Daß Deutschland nicht aktiv an der Herbeiführung eines Krieges gearbeitet hat, dürfte klar sein. Aber gewichtiger als akute Tatsachen dürften Stimmungen in die Wagschale gefallen sein, die die kaiserliche Regierung vielleicht mit etwas zu weitgehender Selbstsicherheit ignorieren zu dürfen glaubte. Es heißt da:

Aus verschiedenen dieser Dokumente ist ersichtlich, daß einige Staatsmänner der Entente immer wieder die angebliche Absicht Deutschlands nach der Weltherrschaft in den Vordergrund rückten, wohl nicht ohne den Nebengedanken, einander ein bißchen gruseln zu machen (z. B. Seite 309 und 314), daß dem aber auch von deutscher Seite Nahrung gegeben wurde. Aus der Iswolski-Korrespondenz geht hervor, wie willkommen Poincaré und Genossen der „Coup d'Agadir" war, um die nationale Stimmung aufzupeitschen, und wie sehr die deutsche Wehrvorlage von 1913 ausgenutzt wurde, um in Frankreich die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit durchzusetzen. Daß man die Pläne dazu bereits vor der deutschen Heeresvermehrung erwogen hatte, wurde dem französischen Volke natürlich verheimlicht, und ebenso die Tatsache, daß französische Sachverständige die Notwendigkeit Deutschlands anerkannten, für die veränderte Lage am Balkan militärisch einen Ausgleich zu schaffen. Recht üble Folgen hatte dann der Fall Zabern; seine Wirkung auf das Ausland wird bei uns zu sehr übersehen. Auf jeden Fall ist die Kriegsliteratur der Ententestaaten erschreckend voll davon, und wir müssen auch den peinlichen Dingen ins Gesicht blicken. So schrieb Bernstorff am 25. Februar 1914 an Sasonoff: „Die Zaberner Affäre hat der deutschen Sache in England viel mehr Schaden zugefügt, als sämtliche Hegemonieversuche Berlins."

Das stimmt mit dem überein, was wir aus den deutschen Archiven wissen: die kaiserliche Regierung hat sich zu wenig darum bemüht, die Wirkung ihrer Handlungen auf das Ausland zu sondieren. So konnte eine Stimmung entstehen, die der Zusammenballung gegen Deutschland günstig war.

*

Ist der Krieg nur eine Begleiterscheinung einer die Menschheit verachtenden Diplomatie, deren Vertreter sich für alle Fälle außerhalb jeder möglichen Katastrophe wissen? Oder entspringt er aus der Unvollkommenheit der menschlichen Natur, ihrer Einsichtslosigkeit, ihrer Tierverwandtschaft.

Mit diesen Fragen, an denen in unserer Zeit kein Denkender vorbeigehen kann, beschäftigen sich in der „Friedens-Warte" (Verlag R. A. Schweischke & Sohn, Berlin) die Vertreter des Pazifismus. Soll man an die Unvollkommenheit der Menschennatur glauben, weil man hier sieht, daß selbst die „Pazifisten", wenn sie untereinander sind, hart aufeinander geraten? Das eine müßte die zünftigen Pazifisten jedenfalls nachdenklich stimmen: Wie kommt es, daß ihre Lehren nicht populär werden? Allzu schwer verständlich ist das nicht, wenn man Kurt Hillers ätzende Anwürfe gegen alle die, welche nicht von seiner Sekte sind, liest. Aber auch Hellmut v. Gerlach scheint uns die Bedingungen, unter denen der Pazifismus gedeihen kann, nicht recht zu fassen, wenn er in seinem Aufsatz „Sekte oder politischer Faktor (Juli-August-Heft) dem pazifistischen Utilitarismus das Wort redet. Er sagt: „Nicht, indem wir an die Menschen mit moralischen Anforderungen herantreten, zu denen sie sicher in ihrer Masse noch nicht reif sind, können wir den Pazifismus zu einem Machtfaktor machen. Wohl aber, indem wir ihnen klar machen, daß der Pazifismus nützlicher, angenehmer und vor allem billiger als der Militarismus ist. Wenn die Menschen erst einsehen, daß sie vom Pazifismus Vorteil haben, dann kann er leicht zur Massenbewegung werden."

Darauf läßt sich erwidern, daß der Mensch tagtäglich gegen seinen Vorteil handelt, weil es den nur nach wirtschaftlichen Motiven handelnden Menschen nirgends gibt, außer in der klassischen Nationalökonomie. 1914/1918 sind Millionen Menschen, die vom Krieg nicht den geringsten Vorteil hatten, an der Kriegsstimmung nicht herausgekommen.

Es scheint uns, als ob der Boden für den Pazifismus viel eher in der ethischen Erziehung liegt. Alle moralischen und rechtlichen Normen, die wir täglich beobachten, sind uns in der langen Kette unserer Ahnen schließlich erst anerzogen worden. Sehr richtig sagt Franz Carl Enders in demselben Heft:

„Es gibt keine andere Lösung, als die Menschen zu dem Rechtszustand zu zwingen, und durch einen Generationen überdauernden Zwang eine Art Gewöhnung zu schaffen, so daß dieser Rechtszustand der überwiegenden Anzahl aller Menschen als ein selbstverständlicher Zustand vorkommt, und jeder, der den Rechtszustand verletzt, als Verbrecher gilt, der aus der menschlichen Gesellschaft zu entfernen ist."

Das scheint auch uns der springende Punkt: die Menschheit muß daran glauben, daß sie nicht zur Selbstvernichtung bestimmt ist, sondern zum „Fortschritt, zur Kultur, zum Vollmenschentum." (John Mez, New York a. a. O.). Die sogenannte heroische Geschichtsauffassung ist erledigt, zumal in der Zeit der Technik. Auf einen elektrischen Knopf drücken, zehn Kilometer hinter der Front, und schon werden Tausende von Menschen lebendig begraben — was ist das für ein Heldenstück? Wenn aber der Knopfdrücker dafür einen Ehrensold bekommt, so wird er dem Krieg ewig treu ergeben bleiben. Wenigstens nach Hellmut von Gerlach. — — —

Die Notverordnung

Am 15. August wurde eine Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches aufgelegt. Diese Anleihe hat den Zweck, dem Reiche möglichst Devisen zuzuführen. Man kann die auf Goldmark lautenden Stücke der Anleihe zwar auch gegen Hingabe von Papiermark erstehen. Doch kann auf diese Art nur ein ganz verschwindender Teil der Anleihe gezeichnet werden, da so viel Papiergeld gar nicht in Umlauf ist. Das Schwergewicht der Anleihe lag also von vornherein darin, die devisenbesitzenden Staatsbürger zu veranlassen, einen Teil ihrer Devisen dem Staate zu überlassen. Wie viel auf die Wertbeständige Anleihe (Goldanleihe) bisher gezeichnet worden ist, weiß man nicht. Hilferding sagte in seiner letzten Rede, daß das bisherige Zeichnungsergebnis befriedigend sei; doch ist dies ein relativer Begriff. Jedenfalls hat sich die jetzige Regierung bemüßigt gesehen, die Goldanleihe nachträglich zum Teil mit Zwangscharakter auszustatten, um nicht den gleichen Mißerfolg zu haben, wie die Regierung Cuno mit der Dollar-Schatzanleihe. Dieser teilweise Zwangscharakter wird der Goldanleihe durch eine Notverordnung gegeben.

Da es sich, wie schon gesagt, darum handelt, dem Reiche Devisen zuzuführen, kann natürlich nur derjenige zur Zeichnung verpflichtet werden, der Devisen besitzt. Aber nicht jeder Devisenbesitzer schlechthin ist zur Zeichnung verpflichtet, sondern nur der, der seinerzeit Zwangsanleihe zeichnen mußte. Man knüpft zu diesem Zwecke an das Gesetz zur Verbilligung der Brotversorgung an. Als erste Rate der Brotversorgungsabgabe ist bekanntlich im August der zehnfache Betrag der Zwangsanleihe zu entrichten. Die Notverordnung bestimmt also: für je 10 000 ℳ, die als erste Rate der Brotversorgungsabgabe zu entrichten waren, haben Devisenbesitzer 1 Goldmark bzw. Erwerbsgesellschaften 2 Goldmark bis spätestens 15. September dem Reiche abzuliefern. Devisenbesitzer im Sinne der Notverordnung sind Personen, die ausländische Geldsorten, Papiergeld, Banknoten u. dgl., Auszahlungen, Anweisungen, Schecks, Wechsel und Forderungen in ausländischer Währung oder deutsche Reichsgoldmünzen oder Gold oder Silberbarren besitzen. Eine Ausführungsverordnung kann als Devisenbesitzer ferner erklären Personen, die Anteile an ausländischen Erwerbsgesellschaften, Geschäftsbeteiligungen jeder Art im Auslande oder an inländischen oder ausländischen Börsen gehandelte Wertpapiere besitzen. Um eine Ablieferungspflicht zu begründen, müssen diese Werte in der Zeit vom 16. bis 20. August besessen worden sein. Von der Ablieferung befreit ist, wer nicht mehr als 10 Goldmark abzuliefern hat, derjenige also, der seinerzeit nicht mehr als 10 000 ℳ Zwangsanleihe gezeichnet hat.

Die Notverordnung sagt nicht, daß derjenige, der in ihrem Sinne Devisen besitzt, damit Goldanleihe zeichnen müsse. Die Verbindung zwischen Goldanleihe und der Devisen-Zwangsanleihe der Notverordnung ist keine vollständige. An Stelle von Stücken der Goldanleihe kann der Abgabepflichtige den Gegenwert in Papiermark auszahlen oder sich ein „wertbeständiges Steuerkonto" eröffnen lassen. Für je eingezahlte 100 Mark erfolgt hierbei eine Gutschrift von 125 Mark. Allzu großer Gebrauch dürfte von diesen Konto jedoch kaum gemacht werden, da die Summe der jetzt abzuliefernden Steuern nicht gering ist und es der Abgabepflichtige vorziehen wird, einen Gegenwert zu erhalten, der wertbeständig und doch leicht verwertbar ist. Dies trifft nur bei den Stücken der Goldanleihe zu. In der Praxis wird die Verbindung zwischen Goldanleihe und Devisen-Zwangsanleihe ziemlich eng sein.

Es kann vorkommen, daß jemand, der nach der Notverordnung zeichnungspflichtig ist, verschiedene Arten von Devisen besitzt. Daher scheidet man die Währungen in zwei Gruppen. Die Zeichnungspflicht ist zu erfüllen in der Währung einer der nachfolgenden Staaten: Argentinien, Belgien, Brasilien, Chile, Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Japan, Kanada, Kuba, Mexiko, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei oder Vereinigte Staaten. Erst dann, und soweit der Abgabepflichtige Zahlungsmittel dieser Staaten nicht besitzt, sind die Währungen von Bulgarien, China, Deutsch-Oesterreich, Estland, Griechenland, Indien, Lettland, Livland, Peru, Polen, Rumänien, Serbien, Ungarn oder Uruguay zur Zahlung zu verwenden. Dabei wird 1 Dollar gleich 4,2 Goldmark gerechnet; die Grundsätze für die Berechnung der übrigen Währungen werden in Durchführungsbestimmungen geregelt.

Wer erklärt, keine Devisen zu besitzen, kann eidlich vernommen werden. Auch eine Prüfung der Bücher und Betriebe ist zulässig. Darüber hinaus behält sich die Notverordnung vor, alle nicht devisenbesitzenden also von der Devisen-Zwangs-Anleihe befreiten Brotabgabe-Pflichtigen auf eine andere Art heranzuziehen.

„Bezahlt oder wir bleiben"

Paris, 26. August. (Eig. Tel.) Poincaré hat heute zwei Reden gehalten, die eine in Chancey vor dem Kriegerdenkmal, die andere in Gondrecourt bei der Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die Ankunft der ersten amerikanischen Truppen an der Front. In der ersten Rede ging Poincaré davon aus, daß er die Ortschaft Frankreich im Jahre 1870/71 in Erinnerung rief und gleichzeitig darauf hinwies, was für ungeheure Veränderungen in der Welt vor sich gegangen wären, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte.

„Frankreich," so führte er aus, „hätte mindestens Dünkirchen, Calais und das Erzbecken von Brie, ebenso wie seine Kolonien verloren. Es wäre gezwungen worden, eine ungeheure Kriegsentschädigung zu zahlen. Deutschland hat im Laufe der Feindseligkeiten diese seine Absichten nicht verheimlicht und hat mehrmals seine Kriegsziele veröffentlicht. Bis auf den Tag, an dem es seine Hoffnungen zusammenbrechen sah, hat es die Absicht gehabt, uns auf ewig zu vernichten. Es hätte sich übrigens, darüber kann kein Zweifel bestehen, auch den Alliierten gegenüber in keiner Weise entgegenkommender gezeigt. Ich spreche nicht nur von Belgien, welches durch Deutschland Antwerpen und der Seeküste beraubt worden wäre, auch England wäre, davon darf man überzeugt sein, nicht besser behandelt worden als wir; denn der Kaiser hat oft genug England gegenüber seinen heftigen Haß zutage treten lassen. Italien hätte nicht nur die Vergrößerung nicht erhalten, die es auf Kosten Oesterreich-Ungarns jetzt erhielt, es wäre nicht nur nicht in den Besitz von Triest und des Trentino getreten, sondern es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß es neue Abtretungen an die österreichisch-ungarische Monarchie hätte machen müssen. Die Tschechoslowakei wäre unter dem Joch geblieben, das jahrhundertelang schon auf ihr lastete. Serbien und Rumänien wären zerstückelt und als Vasallenstaaten behandelt worden. Polen wäre nie erstanden, Posen und ganz Oberschlesien wären noch in den Händen Deutschlands. Die Vereinigten Staaten wären vielleicht für den Augenblick den Wirkungen des deutschen Sieges entgangen, aber sie hätten nicht lange der Erstehung einer kolossalen Macht gleichgültig gegenüberstehen können, die die Herrscherin von Europa geworden wäre, bereit, ihre Klammern um den ganzen Erdball zu legen. Kurz, die ganze angelsächsische Zivilisation ebenso wie die lateinische Zivilisation wären in ihren Grundlagen erschüttert worden."

Im Kriege von 1870/71 — so fuhr Poincaré weiter fort — habe Deutschland einen großen Teil Frankreichs besetzt gehalten. Es habe keinerlei Schäden im eigenen Lande erlitten und habe sich trotzdem die Kriegskosten in Höhe von 5 Milliarden Franken bezahlen lassen. „Dies war für damals eine enorme Summe. Aber wir haben sie nicht nur bezahlt, sondern in Loyalität gegenüber unserem Gläubiger alles versucht, das Geld zusammenzubringen, um die Schulden abzuzahlen. Aber dies war nicht die einzige Ausgabe, die auf uns infolge des Krieges lastete. Der Krieg hatte uns etwa 2 Milliarden an außerordentlichen Ausgaben gekostet. Wir hatten mehr als 200 Milliarden Steuern und Einkünfte verloren, wir hatten mehr als 340 Millionen Franken für Okkupationskosten der feindlichen Armeen zu zahlen, davon 7 Millionen für die Lebensmittelversorgung von Paris während des Krieges, mehr als ½ Milliarde für Militärpensionen, 212 Millionen für die Entschädigung der durch den Krieg geschädigten Staatsangehörigen, 62½ Millionen als Rückerstattung auf Steuern, die von den Deutschen erhoben worden waren, 15½ Millionen als Rückzahlung für Requisitionen, ferner 40 Millionen als Entschädigung für die Stadt Paris, 19 Millionen an die Gesellschaft der Ostbahnen, und ich übergehe noch zahlreiche andere Ausgaben." Poincaré erinnert daran, daß dazu noch der Verlust von zwei Provinzen mit ihren finanziellen Einkünften getreten sei, und daß die von ihm angeführten Zahlen offiziellen Dokumenten entnommen worden seien, die sofort nach dem Kriege aufgestellt wurden. „Sie bildeten — fuhr er wörtlich fort — etwas mehr Garantien als diejenigen, die gestern der neue Kanzler gelegentlich der Aufzählung der Zahlungen anführte, die Deutschland schon geleistet haben soll.

Wir wollen uns nicht als Beispiel hinstellen, nicht einmal unseren Feinden von gestern gegenüber, aber was wir vor 53 Jahren getan haben, können sie heute versuchen. Wenn sie sich dazu nicht entschließen, so werden sie uns zwingen, ihnen gegenüber die Drohungen in die Tat umzusetzen, die sie damals an uns richteten, nämlich: Bezahlt, oder wir bleiben!"

An die englische Adresse

Paris, 27. August. (Eig. Tel.) Die Rede, die Poincaré gestern in Chaffey gehalten hat, ist, wie hier betont wird, nicht als Antwort auf die letzte Rede Stresemanns zu betrachten. Eine richtige Beantwortung der Kanzlerrede konnte gestern schon deshalb nicht in Frage kommen, weil der vollständige Wortlaut der Erklärungen Stresemanns hier noch gar nicht vorlag, als Poincaré seine Rede zu Papier brachte.

Der französische Ministerpräsident hat allem Anschein nach die schnelle Zurückweisung der durch Stresemann vertretenen Thesen von der unzureichenden Wertung der bisherigen Leistungen Deutschlands für geboten erachtet, damit in England nicht der Eindruck entstehen könne, daß auch die französische Regierung gegen die Nachprüfung des Wertes der deutschen Leistungen nichts einzuwenden hätte. In französischen politischen Kreisen hat die Rede Stresemanns, wie schon gemeldet, einen gewissen Eindruck gehabt, der auch in den der Presse am Sonnabend übermittelten Aeußerungen zum Ausdruck gekommen ist. Poincaré wollte deshalb offenbar England möglichst rasch die abermalige Versicherung geben, daß Frankreich nicht im Ernst an eine Wiederaufrollung dieser Frage denkt.

Die Rücksicht auf England spielt gegenwärtig für das amtliche Frankreich überhaupt eine Rolle, die bei Bewertung der Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland nicht unterschätzt werden darf. Poincaré, der die Verständigung mit England auf einer für Frankreich annehmbaren Grundlage ernstlich erstrebt und diese französisch-englische Einigung offenbar als ein unerläßliche Vorbedingung für eine Verständigung mit Deutschland ansieht, vermeidet ernstlich alles, was in England den Verdacht erregen könnte, Frankreich versuche zu einer Sonderverständigung zu gelangen. Die letzten Reden Poincarés waren daher in erster Linie auf die Wirkung in England berechnet. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Haltung Frankreichs darf weiter nicht außer Acht gelassen werden, daß die Kreise der französischen Großindustriellen natürlich aus anderen Erwägungen heraus vor einem übereilten Entgegenkommen gegenüber der neuen deutschen Regierung warnen.

In den Organen, die dem Komitee des Forges als Sprachrohr zu dienen pflegen, waren in den letzten Tagen seltsame Widersprüche zu konstatieren. Poincaré wurde aufgefordert, dem Kabinett Stresemann irgendwie den Verzicht auf den Widerstand im Ruhrgebiet zu erleichtern und gleichzeitig wurde der Quai d'Orsay vor den Illusionen gewarnt, die durch die Ernennung Stresemanns in französischen Regierungskreisen geweckt worden seien. Diese Widersprüche erklären sich allem Anschein nach durch den Mangel an Vertrauen der industriellen Kreise zu dem wirtschaftspolitischen Verständnis Poincarés, und durch die Ueberzeugung, daß Stresemann für Frankreich ein viel gefährlicherer Verhandlungsgegner sei als irgendeiner seiner Vorgänger es gewesen wäre.

Daskalow ermordet

Prag, 26. August. (Eig. Tel.) Der frühere bulgarische Gesandte in Prag, Dr. Rajko Daskalow, wurde heute auf offener Straße von einem jungen Studenten um die Mittagstunde durch zwei Revolverschüsse ermordet und starb kurz darauf in einer Klinik, wo man ihn durch eine sofortige Operation zu retten versucht hatte. Der Täter, der Nikowel zu heißen behauptet und aus Sofia zu stammen angibt, wurde verhaftet. Der Begleiter Daskalows, Dr. Bojadew, wurde durch einen der Schüsse leicht verwundet.

Daskalow war Gesandter der Regierung Stambulinski in Prag. Nach dem Sturz des Kabinetts Stambulinski war er der einzige diplomatische Vertreter, der die in Sofia vollzogene Revolution und den Regierungsumschwung nicht anerkennen wollte. Er blieb in seinem Prager Gesandtschaftsgebäude und gewährte auch Anhängern Stambulinskis, die aus Belgrad geflüchtet waren, Zuflucht. Bei der Sympathie der tschechoslowakischen Regierung für das Regime Stambulinski und aus politischen Gründen verhandelte man in Prag mit Daskalow noch weiter. Schließlich machte man ihm, als der diplomatische Vertreter der neuen Regierung in Prag erschien, jedoch begreiflich, daß er das Gesandtschaftsgebäude räumen müsse.

Daskalow gilt als einer der entschiedensten Anhänger der Stambulinski-Partei und des Gedankens der Verständigung Bulgariens mit der Kleinen Entente und des Beitritts zu ihr. Ob der Mord aus politischen Gründen erfolgt ist, wird die Untersuchung ergeben.

Tarif für Lehrlingsarbeit

Dresden, 27. August. (Eig. Tel.) Das Arbeitsministerium hat an die Schlichtungsausschüsse und die Demobilmachungskommissare folgenden Erlaß gerichtet: Bei dem Arbeitsministerium mehren sich die Bitten um eine Stellungnahme zu der Frage, ob Lehrlinge in Tarifverträge einbezogen werden können. Das Arbeitsministerium bejaht diese Frage durchaus. Es befindet sich hierbei in Uebereinstimmung mit dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe, der ausführlich zu dieser Frage Stellung genommen hat. Jeder Lehrvertrag begründet eine Arbeitspflichtung des Lehrlings mit der Bedingung, daß diese im Sinne einer Berufsausbildung gehandhabt wird. Die Arbeitgeber rechnen auch durchaus mit den Arbeitsleistungen der Lehrlinge, die sie auch ihren Kunden vielfach sogar als Arbeitsstunden ausgelernter Arbeiter in Ansatz bringen. Anderseits sind auch die Lehrlinge bzw. deren Eltern ganz überwiegend auf die Gegenleistungen des Arbeitgebers angewiesen. Auch die Gesetzgebung sieht die Lehrlinge grundsätzlich als gewerbliche Arbeiter an. Allerdings haben die Innungen und Handwerkskammern innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit das Recht, die Lehrlingsverhältnisse zu regeln. Sofern sie dies jedoch nicht umfassend und vollständig tun, ist die Bahn für eine tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse frei.